Erscheint täglich
früh 6 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

№ 193.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Donnerstag den 12. Juli 1883.

77. Jahrgang.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Pflasterung und Umlegung der Pferdebahn wird der **Grimmaische Steinweg** auf der Strecke zwischen dem Hauptpostgebäude und dem Flinsch'schen Hause einerseits und der Kreuzung mit der Querstraße und Nürnberger Straße andererseits in der nächsten Zeit während mehrerer Wochen **für den durchgehenden Fahrverkehr** sowohl, als auf den jeweilig in der Ausführung begriffenen Strecken **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Der Beginn der Arbeiten ist für **Montag, den 23. dieses Monats,** in Aussicht genommen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß dieselben erst etwas später angefangen werden können.

Die jeweilig noch nicht in Angriff genommenen beziehentlich fertiggestellten Strecken werden für den Fahrverkehr nach und von den anliegenden Grundstücken, soweit thunlich, freigegeben werden.

Während der Arbeiten an den Einzügen der Querstraße und Nürnberger Straße müssen auch diese Straßeneinzüge auf kurze Zeit abgesperrt werden.

Die abgesperrten Strecken werden in der üblichen Weise durch Placattafeln bez. Laternen bezeichnet werden, und wir werden alle Diejenigen **unnachsichtlich** nach § 360 ¹⁰ des Strafgesetzbuches **um Geld bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestrafen,** welche sich erlauben, die für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrten Strecken unbefugt zu befahren.

Leipzig, am 9. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Der **Abputz** des ehemaligen **Hospitalthorhauses** soll erneuert werden. Reflectirer um diese Arbeit werden aufgefordert, ihre Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Abputz des Hospitalthorhauses" bis zum 27. laufenden Monats bei unserem Bauamte, bei welchem die Bedingungen und Blanquets zu entnehmen sind, einzureichen.

Leipzig, am 9. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Nichtamtlicher Theil.

Die französische Finanzpolitik.

Das Ministerium Ferry befolgt eine eigenthümliche Taktik, um die Bewilligung der Mittel für seine Abenteuer bei der Kammer durchzusetzen. Wenn irgend ein Unternehmen sich auf dem Puncte befindet, entweder durch große Summen aufrecht erhalten werden zu können oder ohne solche gänzlich fehlzuschlagen, dann wird irgend ein Theilbetrag jener Summe, in der Regel zwischen 4 und 5 Millionen Francs als Credit verlangt und wenn dieser bewilligt ist, dann wird frisch daraus losgewirthschaftet, koste es, was es wolle, denn durch Bewilligung des Theils hat ja die Kammer ihr Einverständniß mit dem Unternehmen bekundet. So ist es bei der Tonkin-Expedition gemacht worden und in gleicher Weise sind neulich 4 bis 5 Millionen Francs für den Weiterbau der Senegal-Eisenbahn von der Kammer genehmigt worden. Der Verlauf dieser Sitzung war besonders lehrreich für die französische Finanzpolitik, denn es kam dabei einmal zur Sprache, wie solche Creditforderungen eigentlich gemeint sind. Ein radicaler Abgeordneter sagte der Regierung rund heraus, daß der Bau der 16 Kilometer langen Senegal-Eisenbahn bereits 20 Millionen Francs verschlungen hat, und was wurde durch diese unverblümte Erklärung offenkundig? Der Referent erklärte, daß der Bau der Eisenbahn 9 Millionen, dagegen der Bau der Forts, welche Oberst Desbordes errichtet hat, 11 Millionen gekostet hat. Ferry benutzte die Gelegenheit, um an den französischen Patriotismus zu appelliren. „Die Forts, welche der tapfere Oberst Desbordes errichtet hat, können nicht mit Lebensmitteln versorgt werden, wenn nicht eine Eisenbahn die Verbindung mit ihnen herstellt, das bisher aufgewendete Geld ist weggeworfen, das rollende Material der Bahn der Vernichtung preisgegeben, wenn Sie die Paar Millionen nicht bewilligen!" So sprach Ferry und erzielte damit die gewünschte Wirkung. Mochte Clémenceau immerhin erklären, daß man sich mit Ehren aus der Schlinge ziehen könne, daß die Ehre der französischen Waffen nicht engagirt sei, ja, daß man durch Bewilligung der 4½ Millionen die Verantwortung für die Verausgabung von weiteren 25 Millionen übernehme, Alles war vergeblich, der Credit wurde bewilligt, und Oberst Desbordes, der vielleicht in diesem Augenblick sammt seiner ganzen Mannschaft dem mörderischen Klima am Senegal zum Opfer gefallen ist, hat noch im Tode die Genugthuung, daß die von ihm errichteten Forts durch eine Eisenbahn mit Proviant versorgt werden können.

Als die Nachricht vom Tode des Capitäns Rivière, den er mit seinen Tapfern bei Hanoi erlitten, in Paris eintraf, wurde auch ein Credit von 5 Millionen für die Tonkin-Expedition von der Kammer einstimmig bewilligt. Jedermann schüttelte den Kopf über die Geringfügigkeit der Summe und man war sich bewußt, daß der Krieg in Hinterindien das Zehnfache, ja im schlimmsten Falle das Hundertfache kosten würde, aber die französische Finanzpolitik ist nun einmal so geartet, daß sie immer nur einen kleinen Theil der nothwendigen Summen der Kammer zur Genehmigung vorlegt, weil die Erfahrung lehrt, daß die kleinen Summen bewilligt, die großen aber abgelehnt werden, und so wird allmälig eine Finanzcalamität vorbereitet, über deren Höhe die Regierung selbst im Unklaren ist. Die Verwirrung, welche gegenwärtig in den französischen Finanzen herrscht, wird durchaus nicht besser beleuchtet, als durch die Bemerkung Clemenceau's: „Wie sollen 5 Millionen für die Senegaleisenbahn bewilligen und haben nicht einmal so viel Geld, um unsere Schulcassen in der Heimath dotiren zu können". Trotzdem fanden sich nur 107 Abgeordnete, welche mit Clemenceau den Credit für die Senegalbahn ablehnten. Jetzt kommt der hinkende Bote der leichtsinnigen Bewilligungen in Gestalt einer Anleihe von 300 Millionen Franken nach. Am 8. Juli ist der Kammer ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, welcher die Emission einer dreiprocentigen Anleihe entweder Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres verlangt. Zu welchem Zweck soll diese Summe dienen? Offenbar, um das Deficit zu decken, was herbeigeführt ist durch die Expeditionen nach Tonkin, nach Madagaskar, nach dem Congo und nach dem Senegal. 300 Millionen für eine Anleihe finden leichter die Zustimmung, als 5 Millionen für eine Expedition, natürlich, weil die Anleihe die Steuerzahler unberührt läßt, der Credit aber aus den laufenden Staatseinnahmen gedeckt wird. Dieses Auskunftsmittel, Geld herbeizuschaffen im Wege der Anleihe, hat durchaus nichts Bedenkliches, wenn die Staatsmaschine regelmäßig functionirt, wenn das Geld flüssig ist und das Capital Vertrauen zur Regierung hat. Das ist aber beim Ministerium Ferry durchaus nicht der Fall, und wenn auch die 300 Millionen untergebracht werden, so ist damit doch nur ein kleiner Theil der wirklichen Bedürfnisse gedeckt. Es gab eine Zeit, in welcher eine Anleihe von einer Milliarde in Paris zehn- und zwanzigfach überzeichnet wurde, damals, als die Kriegsleiden an Deutschland bezahlt werden mußten, aber welcher Unterschied ist zwischen damals und heute! Mit Mühe und Noth sind die Mittel aufzutreiben, um wenigstens die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, die großen Eisenbahngesellschaften zaudern, der Regierung ihre Finanzkraft zur Verfügung zu stellen, weil sie befürchten müssen, daß die Verbindlichkeiten nicht erfüllt werden können. Ungeheure Summen sind erforderlich, um das Eisenbahnnetz nach dem vorliegenden Plan auszubauen, kaum weniger wird verlangt, um Chausseen und Canäle zu bauen, die Regierung weiß nicht, woher sie das Geld dazu nehmen soll, trotzdem votirt die Volksvertretung fast in jeder Sitzung eine Anzahl Millionen für diesen oder jenen Zweck.

Das neueste Project ist die Enteignung großer Ackercomplexe in Algerien, um das Land französischen Colonisten zur Bebauung zu geben. Dazu sind 50 Millionen in Aussicht genommen, man fragt sich aber vergeblich, was der Grund dieser überraschenden Maßregel ist. Vielleicht will man überhaupt die arabischen Grundbesitzer aus Algerien hinaustreiben, um desto sicherer die Herrschaft im Lande auszuüben. Das ist aber eine Täuschung, denn die französischen Ackerbauer wollen gar nicht nach Algerien gehen; nach den bisherigen Erfahrungen benutzen sie die ihnen überwiesenen Landstrecken in Algerien nur als Handelsobject oder sie verpachten das Land an die bisherigen Eigenthümer. Was thun aber die aus ihrem Eigenthum hinausgetriebenen Araber, die meist als Pächter auf ihrem Grund und Boden bleiben? Sie vermehren die Schaaren der räuberischen Beduinen in der Wüste und dienen als die gefährlichsten Agitatoren gegen die französische Herrschaft. Und doch werden sich Volksvertreter genug finden, welche die geforderten 50 Millionen bewilligen, denn in Algerien winkt die Aussicht auf Gewinn, und diese ist ausschlaggebend für die meisten Bewilligungen. Das Schuldbuch, welches die finanziellen Fehler des Ministeriums Ferry enthält, ist voll und spricht eine so vernehmliche Sprache, daß sie bald die öffentliche Aufmerksamkeit ausschließlich beschäftigen wird, und wenn die Frucht reif ist, so wird sie abfallen, mag auch die republikanische Regierung noch so laut mit ihren Erfolgen prahlen.

Leipzig, 12. Juli 1883.

* Zur Lage wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: „Die „Germania" ist die Antwort auf den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht schuldig geblieben, und wir müssen sagen, wenn schon die Jacobinische Note den Eindruck hervorbrachte, als ob die Verhöhnung der Regierung das höchste Maß erreicht habe, der Moniteur der Ultramontanen hat dieses Actenstück noch bei Weitem übertroffen. Die „Post" hält das Wort „Impertinenz" für die mildeste Bezeichnung des Auftretens der „Germania", und in der That ist es schwer, diesem Tone gegenüber einen weniger scharfen Ausdruck zu finden. Dabei hebt das Organ des Centrums ausdrücklich hervor, daß es nicht gegen das officiöse Blatt als solches seine Pfeile richtet, sondern gegen die Regierung selbst, da es wohl weiß, daß diese aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" spreche. Fürwahr unser Ministerium ist schneller von der Wahrheit der Ausführungen unserer politischen Freunde überzeugt worden, als wir es je für möglich hielten, denn die Jacobinische Note und der Artikel der „Germania" bestätigen nur zu sehr die Vorhersagungen der Herren Gneist und v. Ennern. Jetzt eben, wo die Regierung nach Ansicht nicht nur der Liberalen, sondern auch des größeren Theils der freiconservativen Partei in ihrem Entgegenkommen gegenüber der Curie viel zu weit gegangen ist, tritt uns das Centrumsblatt mit einer Anmaßung gegenüber, wie sie selbst in den socialdemokratischen Auswüchsen der schlimmsten Sorte sich niemals vorgefunden hat. Bewundernswerth bleibt dabei noch immer die „Kreuzzeitung". Daß wir im wahren Sinn des Wortes feine conservative Partei haben, daß die „Kreuzzeitung" jedes Halts und selbstständigen Denkens bar ist, hat sie zwar schon oft genug bewiesen, aber noch niemals in so drastischer Weise als in den letzten acht Tagen. Während das Organ der Hochtories zuerst die Jacobinische Note in Schutz nahm, gestern nach Publication des Artikels der „Norddeutschen" sie ebenso energisch verwarf, behauptet das Blatt heute, daß es durchaus keine Schwenkung gemacht, sondern seinen Principien durchaus treu geblieben sei. Das wollen wir gern zugeben, sofern eben das Princip der „Kreuzzeitung" darin besteht, keine eigenen Grundsätze zu haben, sondern den Winken der Regierung absolut zu folgen. Wenn aber das Blatt ja einmal versucht, „selbstständig" einen Gedanken vorzubringen, dann ist es eben gezwungen, am nächsten Tage sich selbst zu berichtigen. — Wir nehmen indessen von der energischen Note unserer Regierung zwar einstweilen mit Befriedigung Act; große Hoffnungen können wir, wie wir bereits gestern ausgeführt, für den Augenblick nicht daran knüpfen. Denn, wie es uns scheint, befinden wir uns dermalen in einer Sackgasse, aus welcher schwer herauszukommen ist. Der besten und schärfsten Waffen hat sich die Regierung selbst begeben; zurück kann sie nicht mehr, die Unterstützung würde nicht ausreichen, vorwärts zu gehen aber auf dem eben eingeschlagenen Wege dürfte ihr nunmehr wohl auch nicht räthlich erscheinen. Inzwischen steht allerdings die Publication der kirchenpolitischen Novelle noch aus, sie muß jedoch in den nächsten Tagen erfolgen. Die Curie hat vor Allem mehr erreicht, als sie vor drei Monaten zu hoffen wagte, sie wird ruhig die Früchte einheimsen, und unsere Ultramontanen werden sich keine grauen Haare darüber wachsen lassen, daß die Regierung ärgerlich ist und dreht. „Post" und „Kreuzzeitung" werden noch eine Weile ihren Kampf fortsetzen, wer Recht hat von Beiden und wer es verschuldet, daß die Regierung diese Niederlage erlitten und auch darüber, ob es überhaupt eine Niederlage ist. Beide Blätter freuen sich auch vielleicht darüber, daß sie dadurch wenigstens etwas Stoff gewinnen in der todten Saison — und andere Blätter freuen sich mit ihnen. Inzwischen kommt der Herbst und die neue Session, die neue Berathung des Cultusetats — und dann werden Regierung und Centrum von Neuem vor dem Tribunal des Landes ihre Beschwerden vorbringen, ihre neuen Absichten klar legen. Wir vertrauen der Logik der Thatsachen: bleibt die Regierung auf dem jetzt eingeschlagenen Wege, dann bringen die nächsten Wahlen eine große liberale Majorität; kehrt die Regierung um, nachdem sie sich von der Unrichtigkeit ihrer neuesten Mittel überzeugt — nun dann ist die Partei von Regierungsgnaden, dann sind die Conservativen gar bald wieder von der Bildfläche verschwunden und wir haben ebenfalls wieder eine liberale Mehrheit in den Parlamenten. Die ganze Situation berechtigt uns also zu den besten Hoffnungen."

* Ueber die viel besprochene Frage der Heranziehung der Beamten und Officiere zu den Gemeindesteuern veröffentlicht in dem neuesten Heft des Schmoller'schen Jahrbuchs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft der Oberbürgermeister Brüning in Osnabrück einen Aufsatz, der einen auf alle Fälle beachtenswerthen Vorschlag zur Verständigung enthält. Der Verfasser geht von dem Grundsatz aus, daß Steuerprivilegien gegenüber den Gemeinden sich überhaupt nicht rechtfertigen lassen, erhebt dann aber die weitere Frage, ob bei der Besteuerung des Einkommens das aus Besoldung fließende Einkommen voll der Besteuerung zu Grunde gelegt werden dürfe und verneint diese Frage, indem er geltend macht, daß in der Besoldung den Beamten gleichzeitig eine Entschädigung für die ihnen wegen ihrer Stellung obliegenden besonderen Aufgaben und Aufwendungen gewährt ist. Auch jedem Gewerbetreibenden würden die sogen. Geschäftsunkosten, auch diejenigen, welche einen mehr repräsentirenden Charakter haben, unbedenklich bei der Steuereinschätzung abgesetzt. Die Gerechtigkeit erfordere, diese Regel auch für die Staatssteuer der Officiere und Beamten anzuwenden. Der Verfasser schätzt demnach vor, das Besoldungseinkommen der Officiere nur mit zwei Drittel, das der Beamten nur mit drei Viertel anzusetzen, alle Gemeindesteuerprivilegien aber abzuschaffen, so daß die Betheiligten in Zukunft erheblich weniger Staatssteuer, dagegen den vollen Betrag der Communalsteuer zu zahlen hätten. Es wird dann an verschiedenen Beispielen unter Zugrundelegung eines Durchschnittssatzes von 150 Procent Communalsteuer nachgewiesen, daß nur in den oberen Stellen die Officiere und Beamten eine geringe Summe mehr an Gesammtsteuer zahlen würden, in den unteren Stellen dagegen ebenso viel wie jetzt oder weniger. Es würde sich also fragen, ob der preußische Staat bereit ist, einerseits zu Gunsten eines großen Theiles der Officiere und Beamten, andrerseits zu Gunsten der Gemeinden einen kleinen Theil seiner von jenen Bevölkerungen jetzt erhobenen Classen- und Einkommensteuer aufzugeben. Der Verfasser meint, es könnte sich dabei für den preußischen Staat nur um ein Opfer von höchstens zwei Millionen Mark handeln.

* Das „Reichsgesetzblatt" veröffentlicht heute das Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Jahr 1884/85 und das dazu gehörige Anleihegesetz. Fast neun Monate vor Beginn des neuen Etatsjahres wird damit das Etatsgesetz veröffentlicht. Das lange und auf verschiedenen Wegen erstrebte Ziel der Herstellung zweier Budgets in einer einzigen Session ist erreicht. In der kommenden Wintersession wird die praktische Probe auf dieses ungewöhnliche und hoffentlich nie wiederkehrende Experiment gemacht werden; zahlreiche Nachtragsforderungen werden erscheinen und die sonst an die Etatsberathung geknüpften Erörterungen und Beschwerden werden bei den verschiedensten anderen Gelegenheiten vorgebracht werden. An Zeit aber wird so gut wie nichts gewonnen sein, und es erscheint uns überhaupt sehr fraglich, ob die Regierung die socialpolitische Gesetzgebung bis dahin so weit zu fördern vermag, daß eine an anderweiten Arbeiten ganz besonders freie Session hierfür erforderlich ist.

* Aus Czernowitz wird gemeldet: „Im Landtage interpellirten die Abgeordneten Tomaszczuk, Turczanski, Wojnarowicz und Kupetz die Regierung wegen des Grenzconflicts in Izkani, wo die rumänischen Behörden schon seit Wochen ihr Zollamt geschlossen haben, wodurch der Waarenverkehr aus Oesterreich völlig eingestellt ist. In Folge dieses Vorgehens der rumänischen Regierung befinden sich jetzt in der Bukowina eine Menge nach Rumänien bestimmter Waarensendungen, welche nicht weiter befördert werden können, was dem österreichischen Handelsstande empfindliche Verluste verursacht. Der Regierungsvertreter verspricht die Interpellation demnächst beantworten zu können.

* Die dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest eingehändigte Entschuldigungsnote der rumänischen Regierung hat für den Augenblick die Trübung zwischen Wien und Bukarest beseitigt. Ob der vom rumänischen Cabinet gethane Schritt zur Herstellung dauernd guter Beziehungen des jungen Königreiches zu seinem mächtigen Nachbar führen wird, muß die Zukunft lehren. Mit der blos diplomatischen Beilegung solcher Differenzen, wie sie zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien, durch des letzteren Verschulden, eine Zeitlang auf der Tagesordnung waren, ist sehr wenig gethan; auch dürfte man in Wien, trotz aller formellen Höflichkeit, den wahren Werth von Versicherungen, die nur unter dem Einflusse starken moralischen Druckes ertheilt wurden, nach Gebühr zu schätzen wissen. Das Vertrauen der leitenden Wiener Kreise in die Loyalität der rumänischen Staatsmänner bleibt nach wie vor ein sehr bedingtes, und an diesem Zustande wird nichts geändert werden, so lange die officiellen Persönlichkeiten in Bukarest dem Treiben der daconumänischen Propaganda durch die Finger sehen. Die aufmerksamste Controle dieses Treibens wird auch in Zukunft zu den vornehmsten Pflichten der rumänischen Regierung gehören müssen.

* Zur Bewachung des Kaisers von Rußland, der gegenwärtig im Schlosse Alexandria zu Peterhof weilt, theilt die „Nowoje Wremja" Folgendes mit: „Die Seeseite der kaiserlichen Residenz wird von zwei großen Kanonenbooten, einem Dampfer und Kutter, bewacht, die Tag und Nacht längs des Ufers kreuzen und jede Annäherung eines fremden Fahrzeuges zu verhindern haben. Sollte ein solches zu landen versuchen, so hat der Commandeur der Wachtschiffe den Befehl, es ohne Weiteres in den Grund zu bohren."

* Schon vor einiger Zeit berichteten St. Petersburger Blätter, daß demnächst ein Gesetz erscheinen werde, welches an die deutschen Colonisten in den südlichen Provinzen Rußlands die Aufforderung stelle, entweder in den russischen Unterthanenverband einzutreten oder innerhalb dreier Jahre auszuwandern. Bis jetzt ist ein solches Gesetz noch nicht erlassen worden, wohl weniger, weil gegen dessen Veröffentlichung nachträgliche Bedenken aufgestiegen wären, als vielmehr, weil an maßgebender Stelle die Frage erwogen wird, ob sich nicht eine grundsätzlich generelle Maßregel empfehle. Im letzteren Falle würde nicht eine specielle Maßregel gegen die Deutschen, sondern ein allgemeines Gesetz in Bezug auf alle in Rußland ansässigen Ausländer erlassen werden, in der ausgesprochenen Absicht, Ausländern in Rußland den Erwerb unbeweglichen Eigenthums entweder unmöglich zu machen oder doch mindestens stark zu erschweren.

* Aus einer vergleichenden Uebersicht der deutschen mit der russischen Kriegsflotte ergiebt sich, daß letztere der ersteren entschieden nachsteht. Zwar zählt die russische ein Panzerschiff mehr, als die unsrige (17 gegen 16), dafür besitzt unsere Marine aber fünf Schiffe von der Größe und den Stärkeverhältnissen des „Peter der Große". Ferner sind die russischen Panzerschiffe mit 131 Geschützen, die deutsche mit 129, aber das Kaliber der letzteren ist theilweise bedeutend stärker. Auch an Schnelligkeit muß der deutschen Flotte die Palme zuerkannt werden; wir besitzen 11 Panzer, die 14 Knoten Fahrgeschwindigkeit haben, gegen drei der russischen Flotte; letztere zählt mehrere Panzer, die nur acht Knoten machen, wogegen das Minimum der diesseitigen Fahrgeschwindigkeit 11 Knoten beträgt. An Kreuzern besitzt die deutsche Flotte gegenwärtig 21, die russische 28, aber wiederum sind die unsrigen den Russen an Fahrgeschwindigkeit überlegen. Nur in einem einzigen Puncte behauptet die russische Marine eine gewisse Superiorität, sie zählt nämlich 100 Torpedoboote, wir dagegen nur 18, doch dürfte auch hier der Vortheil der modernsten und praktischsten Construction auf deutscher Seite zu finden sein.

* Aus dem Gouvernement Orenburg wird gemeldet, daß unter den Kirgisenstämmen eine große Aufregung herrsche, weil sie sich von den russischen Steuerbeamten übervortheilt glauben. Mehrere derselben wurden gewaltsam vertrieben, nachdem man ihnen die Steuergelder abgenommen hatte. Auch in Uralsk haben Zusammenrottungen stattgefunden, gegen welche Militair einschreiten mußte.

* Nach dem „Journal de Rome" besteht das zwischen Rußland und dem Vatican erzielte Einvernehmen aus sechs Puncten; etwa fünfzig Puncte unterliegen noch der Prüfung. Das Einvernehmen hat noch nicht die Form eines Vertrages angenommen.

* Ueber die Lage in Bulgarien liegt heute ein überaus interessanter Bericht vor. Derselbe stammt aus diplomatischer Quelle und ist an die Wiener „Politische Correspondenz" gerichtet. Der Berichterstatter schreibt:

Die Strömung gegen die Generale Sobolew und Kaulbars wächst immer an und es mehren sich täglich die Anzeichen, welche das Andauern ihres Regimes in Bulgarien als unmöglich erscheinen lassen. Welche Ausdehnung die allgemeine Entrüstung über das Walten der Minister-Generale angenommen hat, läßt sich aus der markanten Thatsache ersehen, daß der Erzbischof Simeon, der Präsident der Sobranje, sich veranlaßt fand, die Generale in der schärfsten Weise zu verwarnen.

Die Generale haben, wie bekannt sein dürfte, in Sofia ein Journal, den „Balkan", gegründet und für dasselbe den sattsam bekannten russischen Zeitungscorrespondenten Herrn Moltschanow als Mitarbeiter gewonnen. Der letztere lenkte der „Nowoje Wremja" Zuschriften, welche das Regime Sobolew-Kaulbars als die beste aller Regierungen priesen. Es war jedoch für Niemanden in Sofia ein Geheimniß, daß die Artikel, denen Herr Moltschanow den Glanz seines Namens lieh, Erzeugnisse der Generale selbst waren. Selbstverständlich ließen es die beiden Minister an reichlicher Anerkennung für den Freundschaftsdienst des russischen Journalisten nicht fehlen. Eine der letzten publicistischen Leistungen, welche die Generale unter der Flagge des Herrn Moltschanow in der „Nowoje Wremja" veröffentlichten, war ein Artikel, der von unbegründeten Angriffen gegen die Mitglieder des an Kaiser Alexander II. aus Anlaß seiner Krönung entsendeten Deputation der Sobranje strotzte. In dem Artikel wurde behauptet, daß der Präsident der Sobranje und der Deputation, Erzbischof Simeon, während des letzten Krieges Proclamationen veröffentlicht habe und in Zehntausenden von Exemplaren im Lande verbreitet habe, welche zur Feindseligkeit gegen die Russen aufgestachelt hätten. Mgr. Simeon forderte in einem in der „Union" veröffentlichten Schreiben Herrn Moltschanow und dessen „Beschützer" auf, die angeblichen Proclamationen zu publiciren. „So lange dies nicht geschieht, erklärt der Erzbischof, fühle ich mich berechtigt, Moltschanow sowohl wie seine Beschützer als niederträchtige öffentliche Lügner aus dem Grunde meiner Seele zu verachten". Daß unter der Bezeichnung „Beschützer" nur die beiden Ministergenerale verstanden sein können, ergiebt sich selbst für den in die Dinge Nichteingeweihten aus einem weiteren Satze in dem erzbischöflichen Schreiben. „Wenn man solche Anklagen erhebt, sagt Mgr. Simeon, sollte man sie doch durch Documente beweisen. Moltschanow und seine Beschützer sollen diese Proclamationen veröffentlichen. Sind seine Beschützer etwa noch nicht allmächtig in Bulgarien (um sich nämlich Exemplare der angeblichen Aufrufe zu verschaffen)?" Auf wen sollte in diesem Zusammenhange das Wort: allmächtig hinweisen, wenn nicht auf die Generale?

Die Anhänger der Generale Sobelew und Kaulbars verbreiten das Gerücht, daß nicht General Ernroth, sondern ein gewandter Diplomat, der sich auch auf administrativem Gebiete bewährt habe, vom Czar zum künftigen Rathe des Fürsten Alexander ausersehen worden sei. Dieser gewandte Diplomat wäre niemand Anders, als der gewesene Consul in Cettinje, Herr Jonin. Das wäre dann nur eine neue Auflage des Sobolew-Kaulbars'schen Regimes, denn Herr Jonin ist einer der eifrigsten Protectoren der beiden Generale. Er hat in der letzten Zeit zwei Reisen nach Moskau unternommen, um die Herren Aksakow und Katkow für die Sache der Generale zu gewinnen. Es ist ferner in Bulgarien bekannt, daß Herr Jonin vor dem letzten Kriege mit den bulgarischen Radicalen in Sofia Beziehungen unterhalten hat und mit den Agitatoren Stambulow und Dragan Zankow befreundet ist.

Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlaß, durch welchen in Tirnowo und Aazgrad Militairgerichte eingesetzt werden. Vor dieselben sollen nicht nur die mit Waffen in der Hand betretenen Räuber, sondern auch die „Verdächtigen" gestellt werden. Angesichts dieser Maßregel kann man jedoch nur eine Zunahme des Räuberunwesens im Fürstenthume erwarten. Die Generale Sobelew und Kaulbars greifen überhaupt seit ihrem Regierungsantritt in der Bekämpfung der Brigantage zu verkehrten Mitteln. Statt, wie dies seiner Zeit General Ernroth gethan, unter die mohamedanische Bevölkerung Waffen auszutheilen und ihr auf diese Weise die